



Liechtensteinische Landesbank 1861
Tradition trifft Innovation.

Generalversammlung der LLB AG

An der Generalversammlung wurde beschlossen, die Dividende auf zwei Franken pro Aktie zu erhöhen. 5

FCV kann Chancen nicht nutzen

Der FC Vaduz und der FC Wil trennen sich am Mittwochabend mit einem 2:2-Unentschieden. 17

Telefon +423 / 236 18 70
Ospelt Elektro-Telekom AG
www.ospeltelkom.com



Ertragsüberschuss

Jahresrechnung von Eschen-Nendeln 8

Gegen Bühnenangst

Betablocker helfen bei Lampenfieber 9

Solisten beim SOL

2. Abo-Sinfoniekonzert des Jubiläumsjahres 13

Neue Gesetzgebung

Die Sportförderung wird reorganisiert 15



Zu Besuch in Wien

Daniel Risch traf am Mittwoch Norbert Hofer in Wien. 2

Sapperlot

Die Welt ist «trumpfisiert». Es vergeht kein Tag, an dem der US-Präsident nicht Thema ist. «Wegen Trump steigen die Spritpreise», schreibt «20 Minuten Online». Die wieder eingesetzten US-Sanktionen gegen den Iran treiben die Rohölpreise in die Höhe. Anders klingt es in Graubünden. Da zeigt sich der US-Präsident von seiner feinen Seite. Trump hat sich bei «Commander Walter Schlegel» für den Polizeieinsatz während seines Besuchs am diesjährigen WEF in Davos bedankt. Der Brief wurde vorgestern auf der Facebook-Seite der Kantonspolizei Graubünden veröffentlicht. «Vielen Dank für Ihre harte Arbeit und Unterstützung», schreibt Trump. «Ich genoss meine Zeit in Davos und Ihre Bemühungen trugen entscheidend dazu bei.» Die Kapo reagierte ganz cool via Facebook: «Egal ob US-Präsident oder nicht. Wir stehen gerne für die Sicherheit aller in Graubünden ein und sagen deshalb: «Bitte, gern geschehen!» Schön zu hören, dass doch nicht alle «trumpfisiert» sind. *Nathalie Bagnoud*

Viele Vorschläge, aber keine Lösung

Gesundheitsversorgung Liechtenstein soll weiterhin ein eigenes Spital betreiben. Wie und wo ist aber umstritten.

Desirée Vogt
dvogt@medienhaus.li

Die Eröffnung der Medicnova Privatklinik AG hat nicht nur die Verantwortlichen des Landesspitals ganz schön ins Schwitzen gebracht, sondern auch Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini. In Vaduz sind die Fallzahlen zurückgegangen und die baulichen Entwicklungsmöglichkeiten fehlen. Und nun hat sich gezeigt: Auch der Medicnova geht es trotz moderner Spitalinfrastruktur in finanzieller Hinsicht schlecht. Was also tun? Der Gesundheitsminister hat eine Interpellation der VU nun genutzt, um weitere Dokumentationen zu erstellen, die als Basis für künftige Entscheidungen dienen sollen. Diese Dokumentationen wurden den Medien am Mittwoch im Rahmen einer Pressekonferenz vorgestellt. Und zeigen: Wege gäbe es viele. Doch sind alle bereit,

gemeinsam einen davon zu beschreiten? Reaktionen vonseiten der Medicnova und des Landesspitals lassen daran zweifeln. Kommt hinzu, dass selbst die aufgezeigten Optionen zahlreiche weitere Fragen aufwerfen.

Landtag soll den Weg weisen

Zentrales Element der vorgelegten Dokumentationen bildet die Studie der Beratungsfirma PwC. Diese empfiehlt nämlich eine Übernahme des Standorts Bendorf durch das Landesspital und eine Integration des Belegarztsystems durch die Medicnova. Was in diesem Fall mit dem Gebäude des heutigen Landesspitals in Vaduz werden würde, bleibt offen – abgesehen davon, dass hier auch die Gemeinde Vaduz noch ein Wörtchen mitzureden hat.

Und wenn das Landesspital in Vaduz bleibt? Muss die Medicnova eben sehen, wo sie bleibt. Zu-

mindest das machte Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini unmissverständlich klar: Ein OKP-Vertrag für die Medicnova steht weiterhin nicht zur Diskussion. Und der weitere Weg des Landesspitals soll nicht davon abhängig gemacht werden, wie sich die Konkurrenz verhält. Die Stellung des Landesspitals als Grundpfeiler für die ambulante und stationäre medizinische Grundversorgung im Spitalbereich ist für Pedrazzini unbestritten.

Ob Landesspital in Bendorf oder in Vaduz: Investiert werden muss ohnehin. Günstiger und schneller könnte das «Problem» laut Gesundheitsminister gelöst werden, wenn das Landesspital nach Bendorf umzieht. Welche Lösung am Ende umgesetzt wird, macht Mauro Pedrazzini von der Landtagsdebatte zur Interpellationsbeantwortung abhängig. Hier werde sich der weitere Weg weisen. 3

Doppelte Staatsbürgerschaft: Jetzt liegt der Ball beim Landtag

Motion Die Regierung hat ihren Auftrag erfüllt. Sie zeigt sich dabei aber sehr zurückhaltend und gibt keine Empfehlung ab.

Die Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft ist seit Jahren ein heisses Thema. Auch die Regierung will sich daran offensichtlich nicht die Finger verbrennen. Am 6. Mai 2015 verabschiedete der Landtag mit 16 Stimmen eine Motion der Freien Liste, mit welcher die Regierung beauftragt wurde, dem Parlament ein Gesetz für die Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft bei Einbürgerung vorzulegen. Damit müsste bei einer Einbürgerung nicht mehr wie bisher auf den ursprünglichen Pass verzichtet werden. Diesem Auftrag des Landtags ist die Regierung am Dienstag nachgekommen. Eine Empfehlung gibt sie aber nicht ab. Im Gegenteil: Sie ist auffällig zurückhaltend.

«Nach Ansicht der Regierung sollte sich die Politik intensiv mit diesen Fragen auseinandersetzen, die Liechtenstein als besonders kleines Gemeinwesen in besonderer Weise betreffen», heisst es im Bericht und Antrag.

Überzeugt klingt das jedenfalls nicht. Es sieht so aus, als ob die neue Innenministerin Dominique Gantenbein, im Gegensatz zu ihrem Vorgänger Thomas Zwiefelhofer, nicht mit der gleichen Euphorie für die Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft kämpft.

Befürworter im Landtag überwiegen

Im Bericht an den Landtag wird das Pro und Kontra anschaulich dargestellt. Die Regierung kommt aber zum vielsagenden Schluss, dass es gute Argumente für beide Sichtweisen gibt. «Liechtenstein muss die Antwort auf diese Frage selbst finden, wobei der Landtag mit der vorliegenden Motion die Weichen Richtung Zulassung der doppelten Staatsbürgerschaft bei Einbürgerung gestellt hat», schreibt die Regierung. Damit stellt sie klar, dass der Ball und die Verantwortung beim Landtag liegen. Fakt ist, dass schon heute fast ein

Viertel der Liechtensteiner Bürger mehr als eine Staatsbürgerschaft besitzt. Darunter auch Landtagsabgeordnete.

Wenn heute noch gilt, was vor der Wahlen gesagt wurde, dann hat die Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft im Landtag gute Chancen. Auf der Plattform «wahlhilfe.li» haben sich nämlich 10 der heutigen Abgeordneten klar dafür und 9 eher dafür ausgesprochen. Klar gegen die Einführung waren nur gerade zwei und eher dagegen drei Abgeordnete. Ein Abgeordneter hat den Fragebogen nicht beantwortet. Sollte sich der Landtag für die Gesetzesvorlage aussprechen, dann wäre die doppelte Staatsbürgerschaft ab 2019 und für alle laufenden Verfahren ab Beschlusszeitpunkt möglich. Befassen wird sich die Volksvertretung damit aber erst nach der Sommerpause.

Patrik Schädler
pschaedler@medienhaus.li

Newcomerin Georgy gewinnt



Weitere Bilder: www.vaterland.li/fotogalerie

Bandcontest Georgy und ihre Band dürfen am 6. Juli das FL1-Life-Festival in Schaan eröffnen. Sie setzten sich im Finale gegen die Hardrock-Band Gracchus durch. 11

Bild: Julian Konrad

Gewalttat im Tessin verhindert

Bellinzona Die Tessiner Polizei hat am Donnerstag einen 19-jährigen Mann in seinem Zuhause in der Region Bellinzona festgenommen. Er hatte damit gedroht, in einem Schulgebäude im Kanton Tessin mehrere Personen zu töten.

Die Festnahme erfolgte um 10.30 Uhr nach der Alarmierung durch eine Einheit, die auf das Auffinden von bedrohlichen und gefährlichen Personen spezialisiert ist, wie die Tessiner Polizei und die Staatsanwaltschaft des Kantons am Abend mitteilten. Diese Einheit wurde letztes Jahr gegründet, um Massengewalt zu verhindern. Gemäss den ersten Erkenntnissen hatte der junge Mann damit gedroht, eine unbestimmte Anzahl Personen in einer Schule zu töten. In seinem Zuhause wurden mehrere Feuerwaffen gefunden. Er wird der Vorbereitung eines Attentats beschuldigt. Weitere Informationen wurden nicht bekannt gegeben. (sda)

Eskalation in Nahost

Jerusalem Nach den Angriffen Israels auf iranische Stellungen wächst weltweit die Sorge vor einer Eskalation des Konfliktes. Die deutsche Kanzlerin Angela Merkel sagte am Donnerstag, im Nahen Osten gehe es derzeit «wahrlich um Krieg und Frieden». Auch Frankreich, Grossbritannien und Russland warnten vor einer Spirale der Gewalt. Netanjahu sieht ein Überschreiten einer «roten Linie» durch Teheran. (sda) 25

24. Mai 2018
Erfolg im Netz
EVENT
li*gital
Die Digitalkonferenz in Liechtenstein

ibw
Montag, 14. Mai, 19 Uhr:
Infoabend in Sargans
Anmeldung erwünscht unter www.ibw.ch